



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel - Nr. 19/09 14.05.2009

In dieser Woche wurde in Sachsen-Anhalt mit der EU-Service Agentur (www.eu-serviceagentur.de) eine wichtige Lücke in der Beratung von lokalen und regionalen Einrichtungen des Landes zur verstärkten Beteiligung an EU-Förderprogrammen außerhalb der Europäischen Strukturfonds geschlossen. Die Landesvertretung hat damit einen weiteren Partner, um Interessenten und Trägern aus Sachsen-Anhalt kompetent und zielgerichtet Hilfestellungen bei der Partnersuche, bei der Antragsstellung von EU-Förderprojekten und schließlich auch bei der Umsetzung zu geben. Im Rahmen dieser Kooperation ist ein ständiger Informationsaustausch zwischen Landesvertretung und EUSA vereinbart, um so das Netz der regionalen Kontakte der Vertretung in Brüssel enger als bisher mit potentiellen Projektträgern im Land zu verknüpfen.

Thomas Wobben



☆ Aus den Institutionen (S. 2-4)

- KOM (I) ⇒ Finanzierung von Flughafen BBI genehmigt
- KOM (II) ⇒ Transparenz bei Luftsicherheitsentgelten
- EP ⇒ MdEP Dr. Schnellhardt – Europa Kommunal
- Europawahl (I) ⇒ Europaweite Kampagne
- Europawahl (II) ⇒ Youthreporter

☆ Aus den Fachbereichen (S. 5-9)

- Verbraucher ⇒ Internet-Portal „eYouGuide“
- Zivilgesellschaft ⇒ Bürger diskutieren über Europa
- Informationsgesellschaft ⇒ Privatsphäre sichern
- Außenbeziehungen ⇒ Östliche Partnerschaft
- ELIAS ⇒ Mehrsprachigkeit und Interkulturalität
- Luftverkehr ⇒ Airlines behalten ungenutzte Zeitnischen

☆ Was - Wann - Wo (S. 10-16)

- Europawoche ⇒ Jugendevent Sachsen-Anhalt
- ECAS ⇒ Podiumsdiskussion mit StSin Dienel
- EUSA ⇒ EU-Service-Agentur gegründet
- 5. Kohledialog ⇒ Zukunft der Kohle
- Umwelt ⇒ Workshop zu Umweltprojekten
- YEP ⇒ Jugendkongress in Magdeburg
- AdR ⇒ 7. Strukturierter Dialog
- Forschung ⇒ Konferenz

☆ Ausschreibungen (S. 17-22)

- Eurofound ⇒ Stellenausschreibungen
- AIDCO ⇒ Stellenausschreibung
- Wettbewerb ⇒ Umweltschutzpreis EMAS
- KOM ⇒ Rechtsreferendare gesucht
- Wettbewerb ⇒ Europa für Nichteuropäer

☆ Kontaktbörse (S. 23)

- COMENIUS – IKT ⇒ Partnersuche in Schweden

☆ Büro intern - TIPP (S. 24)

- Tipp ⇒ Europa im Radio
- Länderbüros ⇒ Richard Arnold OB von Schwäbisch Gmünd

☆ So erreichen Sie uns (S. 25-27)



Aus den Institutionen



➤ Europäische Kommission (I) ⇒ Finanzierung von Flughafen Berlin Brandenburg genehmigt (EAG)

Die Europäische Kommission wird keine Einwände gegen die Baufinanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) erheben. Die Finanzierung erfolgt durch eine Aufstockung des Eigenkapitals um 654,5 Millionen Euro, eine 100-prozentige Darlehensbürgschaft der öffentlichen Gesellschafter der Flughafen Berlin Schönefeld GmbH bis zu 2,4 Milliarden Euro und einen Infrastrukturzuschuss in Höhe von 74 Millionen Euro. Das Investitionsvorhaben dient dem Bau eines Flughafens für ganz Berlin und Brandenburg.

Das Investitionsprojekt umfasst den Bau eines neuen Flugfelds mit zwei parallelen Start- und Landebahnen, die eine Betriebskapazität von 45 Millionen Fluggästen im Jahr haben, und eines neuen Abfertigungsgebäudes mit einer anfänglichen Kapazität von 22 bis 25 Millionen Fluggästen auf dem



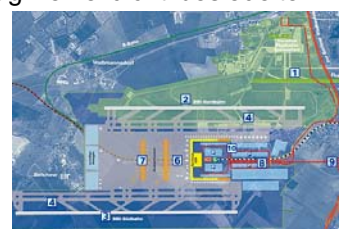
Gelände des bestehenden Flughafens Berlin-Schönefeld. Die Investitionskosten von insgesamt 3,6 Milliarden Euro werden nur teilweise durch Kapitalerhöhungen der öffentlichen Gesellschafter der



Flughafenbetriebsgesellschaft im Umfang von 654,5 Millionen Euro, ein zu 100 Prozent verbürgtes Darlehen über bis zu 2,4 Milliarden Euro und einen Zuschuss für den Bau der privaten Flughafenstraße in Höhe von 74 Millionen Euro bestritten. Die restliche Finanzierung erfolgt aus

Eigenmitteln des Flughafens, so dass die Beihilfeintensität höchstens 27 Prozent beträgt.

Durch die Konzentration des Luftverkehrs auf einen einzigen Flughafen außerhalb der Stadt wird die Lärm- und Emissionsbelastung der Bevölkerung verringert, da künftig keine dicht besiedelten Gebiete in der Stadtmitte mehr überflogen werden müssen. Außerdem mindert die erhöhte Energieeffizienz der modernen Flughafengebäude den Ausstoß an CO₂. Die Kommission hat beschlossen, die Maßnahme zu genehmigen, weil sie dem Gemeinschaftsinteresse nicht zuwiderläuft, da sie zum Erreichen gemeinschaftlicher Ziele notwendig ist und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entspricht.



Alle Informationen im Einzelnen finden Sie in der [Pressemitteilung](#)

➤ Europäische Kommission (II) ⇒ Mehr Transparenz bei Luftsicherheitsentgelten (EAG)

Die Europäische Kommission will gemeinsame Grundsätze für die Erhebung von Sicherheitsentgelten auf Flughäfen einführen. Ein neuer Richtlinienvorschlag sieht vor, dass die Sicherheitsentgelte nach den Grundsätzen der Transparenz, Nichtdiskriminierung und Kostenbezogenheit und unter



Hinzuziehung der Luftfahrtunternehmen festgelegt werden. Zudem soll in jedem Mitgliedstaat eine unabhängige Aufsichtsbehörde eingerichtet werden. Grundlage für den Vorschlag ist ein aktueller Bericht zur Finanzierung der Luftsicherheit.

Einem aktuellen Bericht der EU-Kommission zufolge sind diskriminierungsfreie und ausschließlich kostenbezogene Sicherheitsentgelte eine entscheidende Voraussetzung für fairen und unverfälschten Wettbewerb zwischen Luftfahrtunternehmen und Flughäfen.

Derzeit werden Regelungen für die Anlastung von Luftsicherheitskosten auf nationaler Ebene getroffen. Mitunter werden die Flugreisenden jedoch nur unzureichend über diese Kosten informiert und die Luftfahrtunternehmen werden nicht auf allen EU-Flughäfen systematisch konsultiert. Dies verhindert die Schaffung wirklich gleicher Wettbewerbsbedingungen sowohl für Flughäfen als auch für Luftfahrtunternehmen. Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung](#)

➤ Europäisches Parlament ⇒ MdEP Dr. Horst Schnellhardt – Europa Kommunal (EAG)

Der sachsen-anhaltische Europaabgeordnete Dr. Horst Schnellhardt hat die aktuelle Ausgabe seiner kommunalen Nachrichten aus und für Europa - „Europa Kommunal“ veröffentlicht.

Er greift darin Themen wie: Reform des Energiemarktes, Intelligente Energie, Weißbuch Klimawandel, EU-Umweltzeichen, Kids und Mobiltelefone, Pflegekräfte, TEN, Mautgebühren, Wasserqualität, Study in Europe u. a. auf. Kontakt und Details. <http://www.schnellhardt-europa.de/>

➤ Europawahl (I) ⇒ Europaweite Kampagne (EAG)

Das Europäische Parlament hat zum ersten Mal eine europaweite Informationskampagne zur Europawahl gestartet. Zu den Aktivitäten gehören Großinstallationen und die interaktive „Europa-Box“. Dort können Bürgerinnen und Bürger Videobotschaften an das Europäische Parlament aufnehmen lassen. Nach der Wahl werden sie den 99 gewählten Europa-Abgeordneten aus Deutschland übergeben.

Außerdem sind 54 Großinstallationen in allen 27 EU-Staaten unterwegs, in Deutschland werden sie in fünf Städten zu sehen sein. Hinzu kommen TV- Spots mit Prominenten und mehr als 20.000 Plakate in über 200 Städten. Die TV-Spots und die Plakate wurden am 08. Mai 2009 in Berlin vorgestellt. www.wahlen2009.eu

Quelle: EU Nachrichten 16/09



➤ Europawahl (II) ⇒ Youthreporter (EAG)

Unter dem Titel „europawahl hautnah“ berichten elf junge Menschen aktuell und im wöchentlichen Rhythmus auf der Webseite www.youthreporter.eu über Ereignisse und Stimmungen vor der Europawahl im Juni. Die Jugendlichen sind Teilnehmer des Europäischen Freiwilligendienstes und arbeiten





schon seit längerem in den Ländern, aus denen sie sich nun zu Wort melden. Sie schildern sowohl Fakten als auch persönliche Eindrücke zur Europawahl aus Irland, Polen, Bulgarien, Großbritannien, Frankreich, Lettland, Tschechien, Rumänien und Litauen.

<http://www.youthreporter.eu/europawahl/>

Quelle: EU Nachrichten 16/09





Aus den Fachbereichen



➤ Verbraucher ⇒ Internet-Portal "eYouGuide" (EAG)

Bei Fragen zum Einkauf im Internet, dem Abrufen von Musik oder dem Schutz personenbezogener Daten bietet das Internet-Portal "eYouGuide" Antworten. Obwohl heute bereits 33 Prozent aller europäischen Verbraucher mindestens einmal über das



Internet eingekauft haben, fühlen sich nur 12 Prozent der Webnutzer wirklich sicher bei Internet-Geschäften. 42 Prozent wagen zum Beispiel keine Online-Finanztransaktion. Dies soll der Online-Ratgeber für Verbraucher "eYou-Guide" ändern, den EU-Medienkommissarin Viviane Reding und EU-Verbraucherkommissarin Meglena Kuneva gestartet haben.

"eYou" soll Verbraucher über ihre Rechte und Pflichten in Netz aufklären. Es ist die erste Webseite, die über sowohl über EU-weites als auch nationales Verbraucherrecht informiert. Zu den Themen gehören zum Beispiel der Schutz persönlicher und die Sicherheit finanzieller Daten, Regeln für Online-Werbung oder Online-Urheberrecht. Der Ratgeber geht auf eine Anregung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2007 zurück.

Alle Informationen im Einzelnen finden Sie in der [Pressemitteilung](#)

Die „eYouGuide“-Website finden Sie unter: <http://ec.europa.eu/eyouguide>

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Juni 2007 zu dem Vertrauen der Verbraucher in das digitale Umfeld: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0287+0+DOC+XML+V0//DE>

Die neue Eurobarometer-Umfragen zum Vertrauen der Verbraucher in die Informationsgesellschaft finden Sie unter: http://ec.europa.eu/information_society/policy/nis/strategy/activities/

➤ Zivilgesellschaft ⇒ Bürger diskutieren über die Zukunft Europas (EAG)

Bürger aus allen EU-Ländern haben Spitzenpolitikern in Brüssel ihre vorrangigen Anliegen für das künftige Europa vorgetragen. Der „Bürgergipfel“ bildete den Höhepunkt der ersten Phase der Konsultation europäischer Bürger 2009, an der etwa 250.000 Personen per Internet und 1.600 Bürger direkt beteiligt sind. Letztere bilden einen Querschnitt der Gesellschaften aller 27 Mitgliedstaaten.

Die vorgestellten Politikempfehlungen sind das Ergebnis eines Auswahlprozesses.

Sie enthalten jeweils eine Liste mit 15 vorrangigen Anliegen. Unter den endgültigen Empfehlungen sind Forderungen nach weit reichenden Maßnahmen zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft, einer strengeren Überwachung der Finanzmärkte, zielgerichteteren Ausgaben für Forschung und Innovation sowie höheren Investitionen in nachhaltige Energien. Weitere Themen sind die Bekämpfung der Armut, die Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Maßnahmen im Bereich der Bildung.



Die zweite Phase der Konsultation europäischer Bürger wird sich auf die Verbreitung der Ergebnisse und die Erörterung der Vorschläge der Bürger konzentrieren. Dabei soll durch eine Reihe regionaler Veranstaltungen von September bis Dezember 2009 ein breiteres Publikum angesprochen werden, insbesondere auch die im Juni 2009 neu gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung](#) und unter: <http://ecc.european-citizens-consultations.eu/74.0.html>



European Citizens'
Consultations
Making your voice heard

Die Konsultationen Europäischer Bürger werden von einer Arbeitsgemeinschaft aus über 40 europäischen Partnerorganisationen unter Führung der König-Baudouin-Stiftung (KBF) durchgeführt und von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres Programms „Debate Europe“ mitfinanziert.

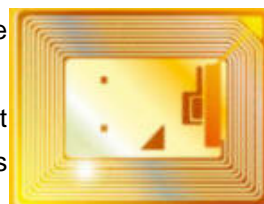
Die Bürgerkonsultation 2009 baut auf dem Erfolg der Konsultation von 2007 auf, welche als erstes gesamteuropäisches partizipatives Projekt Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten in die Debatte über die Zukunft Europas einbezog und damit ein neues Modell der Bürgerbeteiligung etablierte. Um mehr europäischen Bürgern die Teilnahme zu ermöglichen, wurde die Konsultation 2009 um eine Onlinephase erweitert, in deren Rahmen etwa 250.000 Menschen die im Dezember 2008 in allen Mitgliedstaaten eingerichteten Websites besuchten.

➤ Informationsgesellschaft ⇨ Strichcodes auf Chips sichern Privatsphäre (EAG)

Ob beim Zugang zum Büro oder in so genannten Smart Cards für die Bezahlung von Autobahngebühren: Intelligente RFID-Chips erleichtern den Alltag vielen Europäerinnen und Europäer. Über sechs Milliarden dieser mikroelektronischen Bausteine (Technik der Funkfrequenzkennzeichnung RFID) sind bereits in Umlauf. Mit einer Reihe von Empfehlungen will die Kommission nun dafür sorgen, dass alle an der Entwicklung oder Verwendung der RFID-Technik Beteiligten das Grundrecht jedes Einzelnen auf Schutz der Privatsphäre und Datenschutz achten. EU-Kommissarin Reding rief die Wirtschaft nachdrücklich dazu auf, personenbezogene Daten der europäischen Verbraucher zu schützen.

Durch RFID-Technik können Chips, wenn sie in die Nähe von Lesegeräten gebracht und durch deren Funksignale aktiviert werden, automatisch Daten an diese Geräte übertragen.

Den Verbrauchern sollte bekannt sein, welche Artikel in den Geschäften mit RFID-Chips ausgestattet sind. Beim Kauf solcher Artikel sollten die Chips noch im Geschäft automatisch, umgehend und kostenfrei deaktiviert werden, es sei denn, sie sollen auf ausdrücklichen Wunsch des Käufers entsprechend dem Opt-in-Prinzip funktionsfähig bleiben. Unternehmen und Behörden, die RFID-Chips verwenden, sollten den Verbrauchern einfache und klare Informationen bereitstellen, damit sie verstehen, wann welche personenbezogenen Daten (z. B. Name, Adresse, Geburtsdatum) zu welchem Zweck verwendet werden. Einzelhandelsverbände und -organisationen sollten die Verbraucher durch ein europaweit einheitliches Zeichen über die Präsenz von RFID-Chips an Produkten informieren. Und schließlich soll-





ten Unternehmen und Behörden vor der Verwendung von RFID-Chips Folgenabschätzungen zum Datenschutz durchführen.

Alle Informationen im Einzelnen finden Sie in [Pressemitteilung1](#) und [Pressemitteilung2](#).

Die Empfehlung der Kommission finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/rfid/index_en.htm

➤ Außenbeziehungen ⇨ Ausbau im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (EK)

Am 07.Mai 2009 verständigten sich die 27 EU-Mitgliedstaaten mit sechs östlichen Nachbarländern auf einen verstärkten Ausbau ihrer Beziehungen und haben zu diesem Zweck eine Östliche Partnerschaft aus der Taufe gehoben.



Die Partnerschaft ergänzt die europäische Nachbarschaftspolitik um eine spezielle östliche Dimension und bezieht sich auf die Zusammenarbeit mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, der Ukraine und Weißrussland.

Das große Interesse der EU an der Stabilität ihrer östlichen Nachbarn, die durch die verschiedenen Erweiterungen geografisch näher an die EU herangerückt sind sowie die politische und wirtschaftliche Annäherung der letzten Jahre sind entscheidende Rahmenbedingungen, die den Abschluss dieser Partnerschaft ermöglichen.

Demzufolge werden im Gründungsdokument als Hauptziel der Partnerschaft die Schaffung der notwendigen Bedingungen für eine beschleunigte politische Annäherung und weitere wirtschaftliche Integration zwischen der EU und den Partnerländern genannt.

Schwerpunkte der Initiative sind

- der Abschluss von Assoziierungsabkommen einschließlich weit reichender Freihandelsabkommen mit den Partnern, die bereit und in der Lage sind, die damit einhergehenden Verpflichtungen zu übernehmen sowie Unterstützung bei der Entwicklung eines Freihandelsnetzes untereinander
- allmähliche Integration in die EU-Wirtschaft und Angleichung der Rechtsvorschriften
- Vereinfachung der Einreisebedingungen bei Erfüllung entsprechender Sicherheitsbedingungen
- Hilfe bei der Verbesserung der Verwaltungskapazitäten und beim Aufbau der Institutionen
- Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung
- Schaffung von vier multilateralen politischen Plattformen (u. a. wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik sowie Energieversorgungssicherheit)
- Unterstützung von Vorreiterinitiativen, z.B. auch im KMU-Bereich
- Schaffung einer multilateralen Dimension

Um auch finanziell zum Erfolg der Östlichen Partnerschaft beizutragen, plant die Kommission, vorhandene Mittel umzuschichten bzw. aufzustocken.



Die Europäische Investitionsbank ist im Gründungsdokument aufgefordert worden, ihre aktuelle Tätigkeit im Rahmen der östlichen Nachbarschaft zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu erweitern. Sie hat ihre Bereitschaft bekundet, durch Unterstützung geeigneter KMU-Projekte zum Erfolg der Östlichen Partnerschaft beizutragen.

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm

➤ ELIAS – Mehrsprachigkeit, Interkulturalität, und Zoo-Tiere ⇨ Ein multilaterales EU-Projekt (SL)

In einem zusammenwachsenden Europa ist es von größter Bedeutung, Kinder so früh wie möglich, also zu Beginn ihres lebenslangen Lernprozesses, an Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz sowie Toleranz und ein zeitgemäßes Umweltbewusstsein heranzuführen. Bilinguale Kindergärten stellen ein Erfolgsmodell für diese Kompetenzen schon im Kindesalter dar.

Das Projekt ELIAS, ein durch die EU gefördertes Comenius-Projekt unter Leitung von Prof. Dr. Holger Kersten der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, beschäftigt sich mit genau diesen Themen. ELIAS – *Early Language and Intercultural Acquisition Studies* – hat seinen Forschungsschwerpunkt auf der Evaluierung von bilingualen Kindergärten. Insgesamt neun zweisprachige Kitas aus Deutschland, Belgien, Schweden und England werden durch ein Forschungsnetzwerk aus neun Hochschulen und einem Zoologischen Garten wissenschaftlich begleitet. Im Zentrum der Forschung steht die Vermittlung von Sachinhalten durch Muttersprachler einer fremden Sprache, die die Kinder gleichzeitig interkulturell erziehen.

Ganz besondere Sachinhalte bietet der einzige bilinguale Zoo-Kindergarten des Projekts, in dem zusätzlich auch naturwissenschaftliche Kompetenzen und Umweltbewusstsein besonders gefördert werden: Im Kindergarten im Magdeburger Zoo kommen die Kinder wöchentlich in englischsprachigen Lehreinheiten mit Themen rund um Tiere, Natur und Umwelt in Berührung. Diese Einrichtung ist einzigartig in Europa und der Welt.

Alle Forschungsergebnisse, Lehrmaterialien und Fortbildungen werden auf einem Abschluss-Symposium präsentiert, in Buchform veröffentlicht und auf der Projekt-Website zugänglich gemacht. Erklärtes Ziel von ELIAS ist es, so zur europaweiten Verbreitung des erfolgreichen Bildungskonzepts "Bilingualer Kindergarten" beizutragen zu können.

Weitere Informationen über die Projektkoordinatorin Kristin Kersten, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg:

projekte@kristin.kersten.de

www.kristin-kersten.de

www.elias.bilkita.org

Tel.: +49 (391)166-655



➤ Luftverkehr ⇒ Airlines behalten ungenutzte Zeitnischen an Flughäfen (MB)

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gravierende Auswirkungen auch auf die Geschäftstätigkeit der Luftfahrtunternehmen in der EU. Während der Winterflugplanperiode 2008/2009 (bis Ende März) hat sie zu einem starken Rückgang des Luftverkehrs geführt. Ebenso wird die Sommerflugplanperiode 2009 beeinträchtigt werden. Das Europäische Parlament hat deshalb am 07. Mai 2009 mit breiter Mehrheit eine Verordnung verabschiedet, die sicherstellt, dass Luftfahrtunternehmen ihren Anspruch auf Zeitnischen (sogenannte „Slots“), die ihnen für die Sommerflugplanperiode 2009 zugewiesen waren, nicht verlieren.

Mit der Verordnung wird der Grundsatz „Verfall bei Nichtnutzung“ vorübergehend ausgesetzt, dem zufolge Luftfahrtunternehmen „angestammte Rechte“ auf Zeitnischen, auf die sie traditionell ein Anrecht haben, verlieren, wenn sie diese nicht zu mindestens 80 % nutzen.

Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie des damit verbundenen Rückgangs des Luftverkehrs, nutzen viele Luftfahrtunternehmen ihre Zeitnischen an Flughäfen derzeit weniger als zu 80 %. Die Verordnung stellt sicher, dass Luftfahrtunternehmen ihren Anspruch auf Zeitnischen, die ihnen für die Sommerflugplanperiode 2009 zugewiesen waren, nicht durch die Nichtinanspruchnahme von Zeitnischen verlieren.

Diese Regelung stellt allerdings kein Novum dar. So ist die „80 Prozent-Regel“ bereits zweimal ausgesetzt worden, nämlich nach den Terroranschlägen 2001 und nach dem SARS-Ausbruch 2003, als es zu vergleichbaren Einbrüchen in der Luftverkehrsnachfrage kam.

Die Kommission wird die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Luftverkehrsbranche auch weiterhin analysieren und erforderlichenfalls zu gegebener Zeit dem Parlament die Verlängerung dieser Regelung vorschlagen.

Im Übrigen plant die Kommission eine generelle Überarbeitung der geltenden Slot-Verordnung, um derzeitige Unzulänglichkeiten bei der Zuweisung von Zeitnischen zu beheben und eine optimale Nutzung der knappen Kapazitäten auf überlasteten Flughäfen zu gewährleisten.

Nähere Informationen sind zu finden unter

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20090506IPR55232/20090506IPR55232_de.pdf.



Was - Wann - Wo



➤ Europawoche ⇒ Europäisches Jugendevent 2009 in Sachsen-Anhalt (SL / EM)

Unter dem Motto Europa geht weiter – Gute Aussichten 2009 fand vom 4. bis 6. Mai 2009 in Wernigerode und auf dem Brocken das Europäische Jugendevent statt.



In der nun fünfjährigen Tradition des Events wurde jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich über Europa zu informieren und eigene Projekte zu entwickeln. Organisiert wurde die Jugendveranstaltung von der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V. in Zusammenarbeit mit weiteren Trägern internationaler Jugendarbeit und mit Unterstützung durch die Staatskanzlei und das Kultusministerium des Landes.

Zusammen mit ca. 250 Schülerinnen und Schülern sowie Lehrern aus Schulen des Landes nahm auch Susanne Lüders, Referentin für Bildung, Forschung und Kultur in der Vertretung des Landes in Brüssel, an der Eröffnungsveranstaltung am Montag, dem 4. Mai an der Hochschule Harz teil. Winfried Willems, Staatssekretär im Kultusministerium, stellte in seiner Eröffnungsrede die



aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union in den Vordergrund wie zum Beispiel den Reformvertrag von Lissabon. Er rief die Jugendlichen auf, sich nicht nur aktiv mit den Themen Europas auf den Workshops dieses Events auseinanderzusetzen, sondern sich allgemein in die Auseinandersetzung mit europäischen Themen einzubringen, denn es sei für junge Menschen sehr wichtig, sich mit der EU zu beschäftigen und ihre Chancen innerhalb der EU zu nutzen, beispielsweise durch Praktika, ein Auslandssemester oder einen Arbeitsaufenthalt in einem Mitgliedsstaat der EU.

Am Montagnachmittag begannen die Workshops, in denen Schüler Europa aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten konnten und anschließend ihr eigenes Projekt entwickelten. Neben der Lehrerfortbildung, die am Dienstag – parallel zu den Workshops der Schüler - stattfand, war die Präsentation der entstandenen Projekte und Projektideen am Mittwoch auf dem Brocken geplant. Die Fahrt auf den Brocken erfolgte mit einem Sonderzug der Harzer Schmalspurbahn. Während der Fahrt wurde ein Europaquiz durchgeführt. Europaminister Rainer Robra ging in seinem Grußwort auf den Brocken als Wahrzeichen der europäischen Einigung ein, wo noch vor 20 Jahren die Grenze zwischen Ost- und Westeuropa verlief. Die europäische Integration sei die Antwort der Völker auf Krieg und Trennung. Die EU biete viele Chancen und Möglichkeiten, wie den Euro, die Anerkennung der Studienabschlüsse, die Abschaffung der Grenzkontrollen, und viele Chancen für jüngere Men-



schen. Sachsen-Anhalt fördere Jugendinitiativen wie dieses Jugendevent und die Freiwilligendienste. Darüber hinaus profitieren viele Jugendlichen von den europäischen Austauschprogrammen Erasmus, Comenius und Leonardo. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 standen Sachsen-Anhalt aus den Austausch- und Bildungsprogrammen 8,3 Millionen € zur Verfügung.

Nach seiner Begrüßung zeichnete Minister Robra junge Medienexperten mit dem Europapreis für Bürgermedien aus.



Neben dem Minister und weiteren Gästen nahmen auch Ermano Meichsner, Referent für Gesundheit und Soziales in der Landesvertretung in Brüssel, und



Susanne Lüders an einer Podiumsdiskussion im Goethesaal auf dem Brocken teil. Hier hatten auch die Schüler Gelegenheit, Fragen zu stellen. Von Interesse waren Themen wie die Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die Angleichung von Schulsystemen in Europa, die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft sowie die

Freiwilligenarbeit und Jugendpolitik.

Nach den Präsentationen der Schülerprojekte und die Bekanntgabe der Gewinner des Europaquiz blieb genügend Zeit für interessante Diskussionen mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung. Die abschließende Phase des Jugendevents wird in Form einer nachgelagerten Regionalkonferenz am 18. und 19. Juni 2009 in der Jugendbildungsstätte Peseckendorf (bei Magdeburg) stattfinden. Im Mittelpunkt wird die Reflektion über Ergebnisse und Erfahrungen aus den durchgeführten Projekten stehen.

Weitere Informationen sind unter www.europa-geht-weiter.de erhältlich.

➤ ECAS ⇨ Podiumsdiskussion mit Staatssekretärin Dienel in Brüssel (EM)

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierte mit „ecas“ (European Citizen Action Service) und der Vertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel im Rahmen des EU-Projektes „One-stop-mobility shops“ am 11. Mai 2009 zum Auftakt einen Workshop, wie Dienstleistungen für EU-interne Migranten angeboten und verbessert werden können, eine einleitende Podiumsdiskussion zu diesem Thema. Staatssekretärin Dienel nahm zusammen mit kompetenten Vertreterinnen und Vertretern betroffener Interessensverbände und Gewerkschaften an dieser Podiumsdiskussion teil.



Im Vordergrund stand die Frage, wie trotz der Finanzkrise der soziale Bereich der Lissabon-Strategie gewährleistet und ausgebaut werden kann und welche Vorstellungen die Sozialpartner von den kommenden Herausforderungen und den einzusetzenden Mitteln haben.



Staatssekretärin Dienel erläuterte den demographischen Wandel in Sachsen-Anhalt. Der Bestand der 20-30 Jährigen gehe kontinuierlich zurück, bis 2025 werde die Bevölkerung des Landes seit 1990 um fast ein Drittel geschrumpft sein.



Der vorausberechnete Rückgang der Einwohnerzahl mache deutlich, dass stabile Verhältnisse und Lebensqualität allein nicht ausreichen werden, um den demographischen Wandel umzukehren.



Vielmehr sei ein demographisches Management gefordert, das eng mit der Wirtschaft zu verknüpfen ist. Im Ergebnis brauche Sachsen-Anhalt Migrantinnen und Migranten, alle sollten Willkommen sein. Die Hochschulen des Landes werden ihre Angebote ausbauen, die Einwanderungsgesetze müssen liberalisiert werden, die Sprachfertigkeiten der Migrantinnen und Migranten sollten verbessert werden. Das Land brauche im Ergebnis gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten. Diese Maßnahmen gilt es mit einer stabilen Sozialpolitik zu flankieren, die die Arbeitsmobilität fördert.

Die Vertreterin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Catelene Passchiers, stellte den exzessiven Kapitalismus, die wachsende soziale Ungleichheit, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Fremdenfeindlichkeit an den Pranger. Diesen Missständen kann entgegengesteuert werden durch Deregulierung, durch Mobilität hochqualifizierte Dienstleistungen anbietender Arbeitnehmer. Wenn einige



osteuropäischen Staaten sich das Recht herausnehmen, billige Arbeitnehmer als ihr „Kapital“ zu exportieren, sei dies entschieden zu verurteilen. Die gleiche Behandlung von Migrantinnen und Migranten und ein fairer Wettbewerb hülfe, in Europa den Protektionismus zu verhindern.

Während des „ecas“-Workshops ergriff der Direktor der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission Jerome Vignon das Wort und nahm zu dem Thema Schutz der Migrantinnen und Migranten in Zeiten der Wirtschaftskrise Stellung. Die Mobilität innerhalb der Europäischen Union sei mit der Garantie der Freizügigkeit der Arbeitnehmer eine der Grundfreiheiten der EU-Verträge, dürfe aber nicht zum Selbstzweck werden. Die Hilfestellung an Migrantinnen und Migranten



durch Nichtregierungsorganisationen und der Aufbau wirksamer Netzwerke seien innerhalb der EU durch aktive Eingliederung und die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung für die Kommission keine Neuigkeit. Ein „schwarzes Loch“ stelle die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet dar, da hier die Kompetenz ausschließlich bei den Mitgliedstaaten läge und es keine Rechtsgrundlagen der EU gebe, um Richtlinien oder Verordnungen zu erlassen.

Vorstellbar in den nächsten Jahren sei die Verknüpfung der EU-Politiken „soziale Kohäsion“ und „Armutsbekämpfung“ und diesbezüglich die Neuausrichtung der EU-Förderpolitik wie auch die Auflage neuer Pilotprojekte. Dabei gelte das Prinzip moderater Ziele, die verwirklicht werden können.



➤ EUSA ⇨ EU-Serviceagentur bei Investitionsbank gegründet (Wo)

„Wir wollen einen ständigen interregionalen Erfahrungsaustausch in Gang setzen, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit Sachsen-Anhalts zu stärken. Dabei geht es auch um die Erschließung der Erfahrungen anderer Regionen bei der Einwerbung von EU-Mitteln und die Vertiefung europaweiter Vernetzungen zur Gewinnung von Partnerregionen.“ Das sagte Europaminister Rainer Robra bei der Gründungsveranstaltung der EU-Serviceagentur bei der Investitionsbank des Landes.

Vor dem Hintergrund der voraussichtlichen deutlichen Reduzierung der nach Sachsen-Anhalt fließenden Gelder aus den EU-Strukturfonds nach 2013 betonte Robra: „Insgesamt steigt die Bedeutung anderer EU-Programme für die Erschließung von Wachstums- und Innovationspotenzialen im Land. Die damit verbundenen Mittel werden in der Regel durch EU-weite Ausschreibungen vergeben. Dafür sind vielfach gemeinsame Projekte mit Partnern aus anderen europäischen Regionen notwendig.“

„In Zukunft wird es verstärkt darauf ankommen, sich noch mehr als bisher dem europaweiten Wettbewerb um die besten Lösungen, Projekte und Produkte zu stellen. Die Landesregierung ist sich bewusst, dass es keine einfache Aufgabe ist, sich in diesem Wettbewerb zu behaupten. Wir freuen uns deshalb, dass wir die Investitionsbank als Partner gewinnen konnten, um mit ihrem Beratungsangebot den Bewerbern aus Sachsen-Anhalt den Einstieg in den europäischen Fördermittelmarkt zu erleichtern.“

„Seit 1991 hat Sachsen-Anhalt maßgeblich von der europäischen Strukturförderung profitiert. Ohne den Einsatz erheblicher Strukturfondsmittel wäre die erfolgreiche Unterstützung des Strukturwandels nicht möglich gewesen“, würdigte der Chef der Staatskanzlei den Beitrag der EU zum Neuaufbau in Sachsen-Anhalt.

„Mit der EU-Serviceagentur verfügen wir über eine ganz neue, spezifische Schaltstation im europäischen Fördermittelgeschehen und können als Investitionsbank vielfältige Synergien im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit sowie durch die enge Kooperation mit der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel für die nachhaltige regionale, wirtschaftliche und soziale Entwicklung nutzen. Wir sind uns sicher, mit dem Pilotprojekt EU-Serviceagentur zu gegenseitig vorteilhaften internationalen Partnerschaften zu gelangen und ganz gezielt zusätzliche Förderpotenziale, insbesondere für den kommunalen Bereich zu erschließen“, blickt der Sprecher der Geschäftsleitung der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Manfred Maas, voraus.

Die EU-Serviceagentur der Investitionsbank soll vorrangig Kommunen und Institutionen den Zugang zum europäischen „Fördermittelmarkt“ erleichtern. Sie unterstützt die Interessenten unter anderem bei der Gewinnung von Partnern aus anderen europäischen Regionen. An dem auf drei Jahre befristeten Pilotprojekt beteiligen sich die Regionalentwicklungsagentur der Republik Lettland und die lettische Gebietskörperschaft „Planungsregion Zemgale“.

Ab sofort ist die Agentur über das Internet unter www.eu-serviceagentur.de erreichbar.



➤ Fünfter Kohledialog ⇒ Zukunft der Kohle im Mittelpunkt der Debatte (TR)

Welche Bedeutung wird die Kohleförderung und -verarbeitung zukünftig im europaweiten Energiemix haben. Welchen Beitrag wird die Kohle für die Energieversorgung im Jahr 2020 leisten? Wie sehen umweltfreundliche Kohlekraftwerke der Zukunft aus? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt des europaweiten fünften Kohledialogs am 8. Mai in Brüssel, gemeinsam organisiert von der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission und der European Association for Coal and Lignits (EURACOAL). Vor dem Hintergrund des Klimapaketes der EU nahm die Frage der Versorgungssicherheit einen breiten Raum ein, insbesondere vor dem ehrgeizigen Ziel, die CO₂-Emission in Europa bis zum Jahr 2020 um 20 und bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Die Zukunft der Kohle werde deshalb maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, erstens ältere Kraftwerke zu modernisieren und zweitens der CCS-Technologie zur Untertagelagerung von CO₂ zum Durchbruch zu verhelfen, so der Standpunkt der Kommission. Mit großem Interesse wurde die Aussage von Chris Bolesta, von der Generaldirektion Energie und Verkehr, aufgenommen, bedeutend mehr Gelder für CCS zur Verfügung zu stellen: In Ergänzung zu den bereits im 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung vorgesehenen Mitteln für 15 Demonstrationsanlagen sind im Rahmen des EU-Konjunkturpaketes mehr als eine Milliarde Euro für die Errichtung von sieben zusätzlichen Demonstrationsanlagen eingeplant. Wo diese stehen werden, ist jedoch noch nicht entschieden. Die Zukunft der Kohle, darauf wurde verwiesen, wird am 6. und 7. Oktober auf dem Forum für fossile Brennstoffe in Berlin ebenfalls eine große Rolle spielen.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/energy/coal/sustainable_coal/sustainable_coal_en.htm

www.euracoal.com

➤ Umwelt ⇒ Workshop zu Umweltprojekten (GS)

Auf Initiative der Partnerregion Valencia (Spanien) fand ein Workshop mit interessierten Regionen statt, in der Überlegungen für eine gemeinsame Strategie zu Projekten im Umweltbereich angestellt wurden. Anlass war die aktuelle Aufforderung der Europäischen Kommission zur Einreichung von Vorschlägen zu Ökoinnovationen im Rahmen des Programms Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen (hierzu wurde letzte Woche ausführlich berichtet).

Im Rahmen eines Rundtischgesprächs stellten sich einige Regionen vor. Xenia Tsitiridou erörterte die wirtschaftliche Lage in West Midlands (GB), die stark durch den Umstieg von einer CO₂ intensiven zu einer CO₂ ärmeren Industrie geprägt sei. Neben dem Lobbying spiele nunmehr auch die Erhöhung der Beteiligung an Projekten eine zunehmende Rolle. Letzteres sei bei der Region South Denmark Dreh- und Angelpunkt der Tätigkeit in Brüssel. Herr Thomas Jensen von South Denmark erläuterte anschließend anhand eines konkreten Beispiels das Antragsverfahren bei den Ökoinnovationen. Frau Iva Pamic stellte die Küstenregion Istrien (Kroatien) vor.

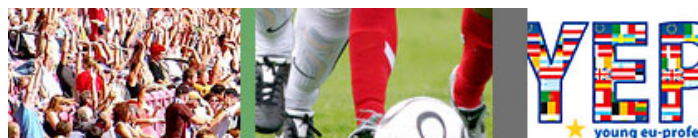


Anschließend schilderte der Leiter der Stiftung des Regionalbüros in Valencia Herr Juan Manuel Revuelta seine Erfolgsgeschichte bei der Initiierung von Projekten. Seine Vertretung in Brüssel ist aus einer Public-Private Partnership-Vereinbarung hervorgegangen. Durch Einbindung privaten Knowhow und gezieltes Vorgehen gelang es eine Vielzahl von europäischen Projekten an Land zu ziehen. Dr. Gábor Spuller von Sachsen-Anhalt stellte die neue Strategie des Landes anhand von zwei erfolgreichen Life + Projekten vor. Ursache des Erfolgs beim Projekt Best4VarioUse (s. letzte Woche) sei u. a. die Bündelung von mehreren Trägern (privat, öffentlich-rechtlich) auf internationaler Ebene, was im wesentlichen Frau Dr. Erhardt und Herrn Christian Blobner vom Fraunhofer Institut Fabrikbetrieb und –automatisierung zu verdanken sei.

In einer zweiten Runde wurden Überlegungen zur Herangehensweise bei der Initiierung von Projekten angestellt. Dabei wurden Projekte insbesondere von Valencia und von Sachsen-Anhalt vorgeschlagen. Interesse von Vertretern Osteuropas (Ungarn, Bulgarien) fanden insbesondere Themenbereiche zur Abfallwirtschaft wie z. B. das von Herrn Dr. Einecke betreute Projekt der Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH zur Herstellung und Wirksamkeit von kostengünstigen Oberflächenabdichtungen aus Reststoffen auf der Hochhalde Schkopau.

➤ YEP ⇒ Jugendkongreß (EAG)

Die Young EU-Professionals organisieren anlässlich der U17-Europameisterschaft einen Jugendkongress. Es geht um Fußball,



Zuwanderung, ausländische Profi kicker, Fans und Hooligans in Europa. Die Workshops behandeln Themen wie „Menschenrechte in Europa“ und „Fußball in der Gesellschaft in Europa“. Highlights sind ein Auftritt des Sängers Curse am 17. Mai und natürlich das Finale der U17- Mannschaften um die Europameisterschaft in Magdeburg am 18. Mai.

Zeit: 16.-18.5.2009

Ort: Veranstaltungszentrum AMO,
Erich-Weinert-Str. 27 39104 Magdeburg

www.bpb.de/jugendkongress

Quelle: EU Nachrichten 15/09

➤ AdR ⇒ Strukturierter Dialog (EAG)

EUROPEAN UNION



Committee of the Regions

Der AdR lädt zum 7. Strukturierten Dialog mit Vizepräsidentin Margot Wallström http://ec.europa.eu/commission_barroso/wallstrom/index_en.htm am 26.05.09 von 10:30 bis 12:30 Uhr ein. Es geht um die Politik-Strategie der Kommission

für 2010 <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0073:FIN:EN:PDF>

Anmeldung unter:

<http://www.selectsurvey.cor.europa.eu/corsur/TakeSurvey.asp?PageNumber=1&SurveyID=70H5o35M4oIKG>





➤ Forschung ⇨ A pathway to sustainable development: a German perspective (EAG)

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission organisierten Konferenz zum Thema „Sustainable Development – A Challenge for European Research“ in der Zeit vom 26. – 28.05.09 gestaltet das BMBF eine eigene Session zum o. g. Thema am 28.05.09 von 10:30 -13:00 Uhr.

Dr. Christian Patemann, ehemaliger Direktor für Umwelt und nachhaltige Entwicklung in der DG Forschung, wird die Diskussionsrunde moderieren.



Ständige Vertretung
der Bundesrepublik Deutschland
bei der Europäischen Union
Brüssel

Anmeldungen können über die Konferenz-Homepage erfolgen.

<https://webgate.ec.europa.eu/fmi/scic/09RTD4SD/Start.php>

http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index_en.cfm



Ausschreibungen



Die Ausschreibungen werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, diese Dokumente sind unter folgender Webseite nachzulesen:

<http://europa.eu.int/eur-lex/lex/de/index.htm>

Gegenstand: EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS-UND ARBEITSBEDINGUNGEN - **BEKANNTMACHUNG EINES ALLGEMEINEN AUSWAHLVERFAHRENS: PROGRAMMIERER/ANA-LYTIKER (m/w)**

REFERENZNUMMER: EF/TA/09/01

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in Dublin, Irland, sucht einen Programmierer/Analytiker (m/w).



Unter der Dienstaufsicht des Leiters des IKT-Referats wird der

erfolgreiche Bewerber für einige oder sämtliche der folgenden Aufgaben zuständig sein:

- Implementierung des Microsoft Office Sharepoint Servers 2007 (MOSS), einschließlich Konfiguration, Integration in bestehende Systeme, kundenspezifische Anpassung und Programmierung;
- Redesign und Entwicklung des Intranets: Entwicklung und Implementierung einer geeigneten Lösung zur Erweiterung des aktuellen Intranets von Eurofound und den damit verbundenen Anwendungen;
- Anforderungsanalyse, Spezifizierung und Implementierung von Geschäftsanwendungen in enger Zusammenarbeit mit den Eurofound-Mitarbeitern aus den jeweiligen Referaten;
- Implementierung, Dokumentation von Intranet-gestützten Anwendungen und diesbezüglicher Support in enger Zusammenarbeit mit den externen, für die Programmierung zuständigen Auftragnehmern;
- enge Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des IKT-Teams bei der Bereitstellung von allgemeinem IKT-Support und bei der Störungsbehebung über den IKT-Helpdesk;
- sonstige, nach Bedarf zugewiesene Aufgaben und Verantwortlichkeiten.

Zu dem Auswahlverfahren zugelassen sind Bewerber, die die nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:

- Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union;
- Besitz der staatsbürgerlichen Rechte;
- Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den für sie geltenden Wehrgesetzen;
- Erfüllung der für die Ausübung der angestrebten Tätigkeit erforderlichen sittlichen Anforderungen;
- gründliche Kenntnis einer der Amtssprachen der Europäischen Union und ausreichende Kenntnis einer weiteren Sprache der EU, einschließlich ausgezeichneter Kenntnis des Englischen, der Hauptarbeitssprache der Stiftung;
- abgeschlossene höhere Schulbildung, die den Zugang zu Hochschulstudien ermöglicht;



- mindestens dreijährige Berufserfahrung nach Abschluss der Schulbildung, davon zwei Jahre Erfahrung in einer ähnlichen Position.

Der erfolgreiche Bewerber wird in Funktionsgruppe AST, Besoldungsgruppe 3, als Bediensteter auf Zeit mit unbefristetem Vertrag eingestellt.

Fundstelle: Abl. C 105 A vom 07.05.09

Bewerbungsfrist: Bewerbungsschluss: 7. Juni 2009.

Antragsunterlagen: Ausführliche Informationen über die Stelle und das Bewerbungs- und Auswahlverfahren finden Sie im Internet-Stellenportal von Eurofound: www.eurofound.europa.eu/about/vacancies/ Die Bewerber werden ersucht, die Stellenausschreibung aufmerksam zu lesen, da unvollständige Bewerbungen ausgeschlossen werden. Bewerbungen sind mit dem offiziellen Bewerbungsbogen einzureichen, der auch von der Website der Stiftung herunter geladen werden kann.

Gegenstand: EUROPÄISCHE STIFTUNG ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS-UND ARBEITSBEDINGUNGEN - **BEKANNTMACHUNG EINES ALLGEMEINEN AUSWAHLVERFAHRENS: FORSCHUNGSLEITER (m/w) (PERSONALVERWALTUNG)**

REFERENZNUMMER: EF/TA/09/07

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) in Dublin sucht einen Forschungsleiter (m/w) — Personalverwaltung.



Der Forschungsleiter — Personalverwaltung wird Mitarbeiter im Referat

„Arbeitsbeziehungen und Arbeitsplatzentwicklung“ sein, das die Triebkräfte für den Wandel — Globalisierung, technologischer Wandel und demografische Alterung — und die Auswirkung dieser Kräfte auf die Arbeitswelt untersucht. Das Referat will seine Kapazität ausbauen, um die Verflechtungen zwischen Arbeitsorganisation, Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben, Produktivität, Innovationsvermögen, Motivation und Entwicklung von Humankapital aus Unternehmensperspektive zu erforschen.

Der erfolgreiche Bewerber verfügt über Fachwissen und nachweisliche Erfahrung im Bereich des internationalen Personalmanagements und ist in der Lage seine/ihre praktische Erfahrung zur Entwicklung und Umsetzung von Forschungsprojekten in den oben genannten Gebieten anzuwenden. Er/sie wird dem Leiter des Referats „Arbeitsbeziehungen und Arbeitsplatzentwicklung“ unterstellt sein und eine zentrale Rolle bei dieser Neuausrichtung mit dem Schwerpunkt auf Unternehmen spielen.

Zu dem Auswahlverfahren zugelassen sind Bewerber, die die nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:

- Staatsangehörigkeit eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union;
- Besitz der staatsbürgerlichen Rechte;
- abgeleitete Verpflichtungen aus den für sie geltenden Wehrgesetzen;
- Erfüllung der für die Ausübung der angestrebten Tätigkeit erforderlichen sittlichen Anforderungen;



- gründliche Kenntnis einer der Amtssprachen der Europäischen Union und ausreichende Kenntnis einer weiteren Sprache der EU, einschließlich ausgezeichneter Kenntnis des Englischen, der Hauptarbeitssprache der Stiftung;
 - Hochschulabschluss (bei mindestens vierjähriger Studiendauer) in Personalverwaltung oder Betriebswirtschaft;
 - mindestens sechs Jahre einschlägige Berufserfahrung nach Abschluss des Hochschulstudiums.
- Der erfolgreiche Bewerber wird in Funktionsgruppe AD, Besoldungsgruppe 7, als Bediensteter auf Zeit mit unbefristetem Vertrag eingestellt.

Fundstelle: Abl. C 105 A vom 07.05.09

Bewerbungsfrist: Bewerbungsschluss: 7. Juni 2009.

Antragsunterlagen: Ausführliche Informationen über die Stelle und das Bewerbungs- und Auswahlverfahren finden Sie im Internet-Stellenportal von Eurofound: www.eurofound.europa.eu/about/vacancies/. Die Bewerber werden ersucht, die Stellenausschreibung aufmerksam zu lesen, da unvollständige Bewerbungen ausgeschlossen werden. Bewerbungen sind mit dem offiziellen Bewerbungsbogen einzureichen, der auch von der Website der Stiftung herunter geladen werden kann.

Gegenstand: - Amt für Zusammenarbeit EuropeAid (AIDCO) - **Stellenausschreibung für eine Hauptberaterin/einen Hauptberater (Besoldungsgruppe AD14) (Artikel 29 Absatz 2 des Statuts) KOM/2009/10183**



EuropeAid verwaltet die meisten Außenhilfeeinstrumente der Europäischen Kommission, die aus dem Gemeinschaftshaushalt und dem Europäischen



Entwicklungsfonds (EEF) finanziert werden, und sorgt dabei für ein hohes Maß an Qualität und eine rasche Verwendung der verfügbaren Mittel (über 8 Mrd. EUR jährlich) durch die Abwicklung der Vorhaben und andere Durchführungstätigkeiten, und trägt aktiv zur Öffentlichkeitswirksamkeit der Außenhilfe der Gemeinschaft bei.

In diesem Zusammenhang trägt EuropeAid aufgrund seiner Kenntnis dieser Bereiche auch zur Formulierung der Entwicklungs- und Kooperationspolitik sowie der Sektorenpolitiken der Kommission bei und sorgt für die Durchführung dieser Politik durch innovative Instrumente und Mechanismen. Es beaufsichtigt und unterstützt auch die Kooperationstätigkeit der Delegationen der Kommission, indem es unter anderem Sachkenntnisse, Leitlinien und Anweisungen einbringt.

Die Hauptberaterin bzw. der Hauptberater, die/der unmittelbar dem Generaldirektor untersteht, hat die Aufgabe, eine Strategie für die Straffung und an bewährten Praktiken orientierte Optimierung des Systems der Identifikation und Verwaltung der Risiken, die mit der Durchführung der Außenhilfe verbunden sind, zu entwickeln. Dazu zählen Optimierung der Wirksamkeit und Effizienz (einschließlich Klarheit und Geschwindigkeit) der Kontrollsysteme zur Minderung dieser Risiken, wie insbesondere Rechnungsprüfungen, Überprüfungen und Kontrollen im Nachhinein. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Funktionieren dieser Systeme in Fällen zu widmen sein, in denen Hilfe über und/oder zusammen mit bilateralen und multilateralen Gebern vergeben wird.



Dabei sollte sie/er zur Verbesserung der Rechenschaft der Kommission gegenüber den anderen Organen (EP, Rat und Rechnungshof) beitragen.

Gesucht werden Bewerber (m/w), die

- über Erfahrungen in der Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz der Außenhilfe sowie der Förderung von Transparenz und Rechenschaft und insbesondere über solide Kenntnisse des Risikomanagements und der Kontrollkonzepte verfügen,
- über gute Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Funktionsweise der Entwicklungszusammenarbeit im allgemeinen und der Rolle der Kommission im internationalen Rahmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU verfügen,
- mit der Gemeinschaftspolitik im Bereich der Außenbeziehungen im allgemeinen vertraut sind,
- über angemessene Kenntnisse der Außenpolitik und der Außenhilfelinstrumente verfügen,
- solide Kenntnisse der Haushaltsordnung für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften und des EEF besitzen,
- mit den interinstitutionellen Beziehungen, insbesondere mit dem EP und dem Rechnungshof, vertraut sind,
- über gute Kommunikationsfähigkeiten in internationalen Gremien verfügen,
- in englischer und französischer Sprache arbeiten können.

Voraussetzungen:

1. Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaats,

2. Nachweis

i) entweder eines abgeschlossenen Hochschulstudiums mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren,

ii) oder eines Bildungsniveaus, das einem abgeschlossenen Universitätsstudium, bescheinigt durch ein Diplom, entspricht, und einer mindestens einjährigen einschlägigen Berufserfahrung, wenn die Regelstudienzeit mindestens drei Jahre beträgt.

3. Nachweis einer mindestens 15-jährigen, nach Erwerb des Hochschulabschlusses auf einer der vorstehenden Qualifikation entsprechenden Ebene erworbenen Berufserfahrung. Mindestens fünf Jahre der Berufserfahrung müssen in einer Management- oder Beratungsposition auf hoher Ebene (1) erworben sein und sollten eine gewisse unmittelbare Erfahrung auf einem mit dem Posten im Zusammenhang stehenden Gebiet umfassen.

4. Gründliche Kenntnis einer Amtssprache der Europäischen Union und ausreichende Kenntnis einer weiteren Amtssprache der Europäischen Union. (Bitte beachten Sie, dass die Auswahlverfahren in deutscher, englischer und französischer Sprache durchgeführt werden. Da dies Muttersprachlern einen Vorteil verschaffen könnte, werden diese auch in einer oder mehreren anderen Sprache/n geprüft.)

5. Bewerberinnen und Bewerber dürfen das reguläre Ruhestandsalter noch nicht erreicht haben (für Beamte der Europäischen Gemeinschaften: Ende des Monats, in dem die Person das 65. Lebensjahr vollenden wird — siehe Artikel 52 Buchstabe a des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften).

Fundstelle: Abl. C 106 A vom 08.05.09



Bewerbungsfrist: Bewerbungsschluss ist der **5. Juni 2009**. Online-Anmeldungen sind nach 12.00 Uhr (mittags) Brüsseler Ortszeit nicht mehr möglich.

Antragsunterlagen:

https://ec.europa.eu/dgs/personnel_administration/seniormanagementvacancies/CV_Encadext/index.cfm

Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an:

ADMIN-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu

Kontakt Constantin Stathopoulos, Tel.+32-2- 52463, E-Mail: Constantin.Stathopoulos@ec.europa.eu

➤ Wettbewerb ⇨ Umweltschutzpreis (EAG)

Firmen mit besonders umweltfreundlichen Beschaffungsprozessen können sich am EU-Wettbewerb um den "Emas Award 2009" beteiligen (Eco-Management and Audit Scheme). Darauf weist der mit der Auswahl der deutschen Bewerber betraute Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hin.



In der aktuellen Ausschreibungsrunde werden in vier Größenklassen und einer Sonderkategorie "Öffentliche Verwaltung" vorbildliche Leistungen beim Umweltschutz in der Lieferkette und bei umweltfreundlicher Beschaffung gewürdigt.

Bewerben dürfen sich nur Organisationen, die eine gültige Eintragung nach dem EU-Umweltmanagement- und -betriebsprüfungssystem [Emas](#) vorweisen können.

Die Ausschreibungsunterlagen müssen bis zum 7. Juni beim DIHK eingegangen sein, der die nationale Auswahl unter den deutschen Bewerbern trifft. Er folgt dabei dem Vorschlag einer Jury, der auch Experten aus dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt, dem Umweltgutachterausschuss und der [Dau GmbH](#) angehören.

Am 29. Juni werden die nationalen Gewinner der EU-Kommission gemeldet. Anschließend befindet eine internationale Jury über die Gesamtsieger in den jeweiligen Kategorien.

Die feierliche Preisverleihung findet am 19. November in Stockholm statt. Der DIHK hofft, dass – wie bereits 2008 – auch diesmal ein deutscher Kandidat auf dem Siegereppchen steht.

Die Ausschreibungsunterlagen stehen hier zum Download bereit:

[Ausschreibung Emas Award 2009 \(PDF, 32 KB\)](#)

[Bewerbungsbogen \(Word, 51 KB\)](#)

Mehr Infos rund um den Preis gibt es unter der Adresse www.emasawards.eu

➤ Europäische Kommission ⇨ Rechtsreferendare gesucht (EAG)

1. Das Referat D4 der GD Markt, das sich im Wesentlichen mit der Anerkennung von Berufsqualifikationen befasst, sucht einen deutschen/deutschsprachigen Rechtsreferendar. Bei Interesse senden Sie bitte Ihren Europass-Lebenslauf als PDF-Dokument unmittelbar an Herrn

Thomas Wiedmann, thomas.wiedmann@ec.europa.eu Er steht Ihnen auch unter +(32) 2 2956134 gerne für Rückfragen zur Verfügung.



2. Die Abteilung G2 der GD EMPL bietet durchgehend einen Platz für einen Rechtsreferendar. Es handelt sich um eine (rein) juristische Abteilung, die sich mit Antidiskriminierung und Gleichstellung beschäftigt und der dabei als herausragende Aufgaben die Bearbeitung von Vertragsverletzungsverfahren und die Vorbereitung neuer Gesetzgebung zukommt. Bei Interesse können Sie sich per Mail mit Stefan Olsson (stefan.olsson@ec.europa.eu) oder Petra Schott

(Petra.schott@ec.europa.eu) in Verbindung setzen.

Quell: Rundbrief AA

➤ Wettbewerb ⇨ Europa für Nichteuropäer (EAG)

Europa ist ein einzigartiger Kontinent – reich an Geschichte, Kulturen und Sprachen. Der Rest der Welt kennt aber meist nur Touristenattraktionen, wie den Eiffelturm oder den schiefen Turm von Pisa. Um dies zu ändern sind Schülerinnen und Schüler dazu eingeladen, eine Europabroschüre für Nicht-Europäer zu entwerfen, in der sie den Reichtum Europas und dessen Einzigartigkeit darstellen. Die Broschüre kann in einer beliebigen EU-Sprache gestaltet werden – der Titel und die Zusammenfassung müssen jedoch auf Englisch, Französisch oder Deutsch sein. Die Gewinner werden auf der Webseite des Europäischen Frühlings 2009 bekannt gegeben.



Ende der Bewerbungsfrist: 31.5.2009

<http://www.springday2009.net>

Quelle: EU Nachrichten 16/09



Kontaktbörse



Der Vertretung liegen derzeit folgende aktuellen Partnerschaftsgesuche für europäische Projekte vor.

➤ Comenius – IKT in Vorschulen ⇒ Partnersuche in Schweden (EAG)



In Norrköping, einer Stadt in Ost-Schweden werden von der Vorschule "Mellangården" Partner für ein COMENIUS-Projekt im Rahmen des Programms für Lebenslanges Lernen (LLL) gesucht. Es soll eine transnationale Partnerschaft mit Vorschulen anderer europäischer Länder aufgebaut werden. Der Einsatz von IKT im Vorschulbereich in der täglichen

Arbeit mit den Kindern steht dabei im Mittelpunkt.

Kontakt und Details:

Preschool teacher Maria Wallentinsson

+46 11 15 24 19 (office)

maria.wallentinsson@edu.norrkoping.se

oder

Preschool teacher Susanne Hagström

+46 11 15 24 19 (office)

susanne.hagstrom@edu.norrkoping.se

oder

Preschool teacher Siw Osen

+46 11 15 24 19 (office)

siw.osen@edu.norrkoping.se



Büro intern - TIPP



➤ Tipp ⇨ Europa im Radio (EAG)

Jeden Samstagvormittag um kurz nach elf Uhr beleuchtet die Sendung „Gesichter Europas“ ein europäisches Thema in mehreren Reportagen aus verschiedenen Blickwinkeln.

Vor allem Begegnungen mit Menschen in ihren Alltagssituationen stehen im Mittelpunkt. Auf diese Weise entstehen europäische Lebensbilder, die die Vielfalt im zusammenwachsenden Europa authentisch dokumentieren. Fester Bestandteil der Sendung sind Literatúrauszüge, die das Thema künstlerisch spiegeln.

Sendetermin: samstags 11.05 Uhr, Deutschlandfunk

Deutschlandfunk

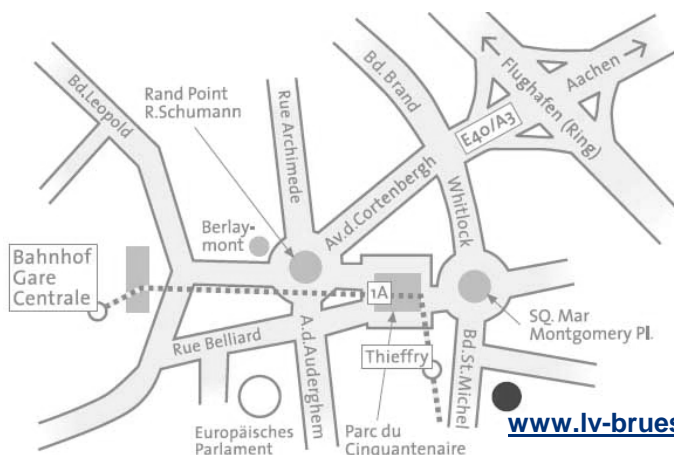
Quelle: EU Nachrichten 16/09

➤ Länderbüros ⇨ Richard Arnold ist neuer Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd (Wo)

Mit 55,42 Prozent der Wählerstimmen wurde am Sonntag der langjährige Leiter der Vertretung des Landes Baden Württemberg in Brüssel, Richard Arnold, im ersten Wahlgang zum neuen Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd gewählt.



So erreichen Sie uns



Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU

Boulevard Saint Michel 80
B-1040 Brüssel

Tel (Sekretariat) ++32.2.741.09.31
Fax ++32.2.741.09.39

www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Ansprechpartner



Leiter des Büros
Thomas Wobben (Wo)

Grundsatzangelegenheiten der EU

☎ ...30
✉ [E-Mail](#)



Dr. Gábor Spuller (GS)

Landwirtschaft, Umwelt

☎ ...12
✉ [E-Mail](#)



Carmen Johansen (Jo)

Justiz, Innen u. AdR

☎ ...18
✉ [E-Mail](#)



Stellvertretender Leiter
Peter Schwägele (PS)

Presse ÖA,
Info-Gesellschaft, Medien

☎ ...33
✉ [E-Mail](#)



Susanne Lüders (SL)

Bildung, Kultur, Forschung

☎ ...19
✉ [E-Mail](#)



Elke Andrea Große (EAG)

Redaktion Wochenspiegel,
Besucherbetreuung, Tourismus

☎ ...32
✉ [E-Mail](#)



Thomas Rieke (TR)

Wirtschaft, Arbeit

☎ ...10
✉ [E-Mail](#)



Hospitation
Niels Corcilus (NC)

Justiz, Innen u. AdR

☎ ...23
✉ [E-Mail](#)



Hospitation
Ildiko Gagna (IG)

Ländliche und städtische Entwicklung

☎ ...20
✉ [E-Mail](#)



Céline Liessem (CL)

Assistenz Leiter und Sekretariat

☎ ...31
✉ [E-Mail](#)



Praktikantin
Sina Kühne (SK)

☎ ...22
✉ [E-Mail](#)



Praktikantin
Anne Ochsendorf (AO)

☎ ...22
✉ [E-Mail](#)

Michael Baum (MB)

Finanzen,
Landesentwicklung, Verkehr

☎ ...38
✉ [E-Mail](#)



Ermanno Meichsner (EM)

Gesundheit, Soziales

☎ ...16
✉ [E-Mail](#)



Hospitation
Elke Kaiser (EK)

Wirtschaft, Arbeit

☎ ...34
✉ [E-Mail](#)



Doris Bergner (DB)

Verwaltung

☎ ...36
✉ [E-Mail](#)



Praktikantin
Nicole Priske (NP)

☎ ...21
✉ [E-Mail](#)



Praktikantin
Tina Ebert (TE)

☎ ...14
✉ [E-Mail](#)





Impressum

Herausgeber:
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80
1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin: Elke Andrea Große
Fotos: Thomas Große (wenn nicht anders ausgewiesen)
Layout: Wibke Pörschke

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte direkt an den jeweiligen Mitarbeiter.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.